

Kompass 2023

**→ Mit guter Wirt-
schaftspolitik**

für unser Land punkten!

PROJEKTLEITUNG



PROF. DR. RUDOLF MINSCH

ist Chefökonom und Leiter
Allgemeine Wirtschaftspolitik und
Bildung bei economiesuisse.

rudolf.minsch@economiesuisse.ch



DR. ROGER WEHRLI

ist Stv. Leiter Allgemeine
Wirtschaftspolitik und Bildung bei
economiesuisse.

roger.wehrli@economiesuisse.ch



MICHELE SALVI

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter
Allgemeine Wirtschaftspolitik und
Bildung bei economiesuisse.

michele.salvi@economiesuisse.ch

Inhalt

02 Wie wettbewerbsfähig ist die Schweizer Wirtschaftspolitik?

- 02 Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz unter Druck
- 03 Eigenschaften einer wettbewerbsfähigen
Wirtschaftspolitik
- 04 Bilanz der vergangenen Legislatur
ist ernüchternd

06 Wie tragen wir dem Wohlstand in der Schweiz Sorge?

- 06 Der Legislaturausblick zeigt
Optimierungspotenzial

08 Wirtschaftspolitischer Kompass 2023

- 08 Wirtschaftliches Umfeld: Stärken bewahren
- 11 Humankapital: Fit für die Zukunft
- 13 Märkte: Mut zur Offenheit
- 15 Innovationsökosystem: Freiräume schaffen

18 Fazit: Mit guter Wirtschaftspolitik zurück zur Spitze!

→ Kompass 2023: Mit guter Wirtschaftspolitik für unser Land punkten!

→ Liebe Leserinnen, liebe Leser

Die Pionierrolle ist ein wichtiger Teil der DNA der modernen Schweiz. Das lässt sich zurückverfolgen in die Zeit der Industrialisierung und die Ära der grossen Eisenbahnprojekte. Vor allem seit dem 20. Jahrhundert haben die Schweiz und ihre Unternehmen Innovation grossgeschrieben. Dank der liberalen Rahmenbedingungen und der internationalen Vernetzung konnten sich Unternehmen entfalten, optimal auf die Märkte ausrichten und so nachhaltig Werte schaffen. Es gehört heute zurecht zu unserem Selbstverständnis, dass wir in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle einnehmen.

Wir dürfen aber nicht aus den Augen verlieren, was unser Land überhaupt in diese Position gebracht hat: Die Schweiz hat als wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort einen Wohlstand aufgebaut, der seinesgleichen sucht. Derartige Erfolgsgeschichten verleiten häufig dazu, sich auf dem Erreichten auszuruhen und den Status quo zu verwalten – weil es auf dem Weg vorwärts vermeintlich mehr zu verlieren als zu gewinnen gibt. Doch in einem immer dynamischeren globalen Umfeld fällt unweigerlich zurück, wer sich nicht entwickelt.

Deshalb ist ein Reformstau, wie er die vergangene Legislatur prägte, für den Wirtschaftsstandort Schweiz fatal. Die Wettbewerbsfähigkeit erodiert, und das hat über kurz oder lang Konsequenzen für unseren Wohlstand. Wollen wir Vorreiter bleiben – sei es in der Forschung, der nachhaltigen Entwicklung, beim Klimaschutz oder der Digitalisierung –, dann müssen wir zuallererst die Wettbewerbsfähigkeit wieder stärken. Auf den folgenden Seiten zeigen wir, was es dafür braucht, woran es in den vergangenen Jahren mangelte und welche mutigen Schritte in der Legislatur 2019 bis 2023 nötig sind.

Wir wünschen Ihnen eine anregende und inspirierende Lektüre.



HEINZ KARRER
Präsident
economiesuisse



MONIKA RÜHL
Vorsitzende der
Geschäftsleitung

→ Wie wettbewerbsfähig ist die Schweizer Wirtschaftspolitik?

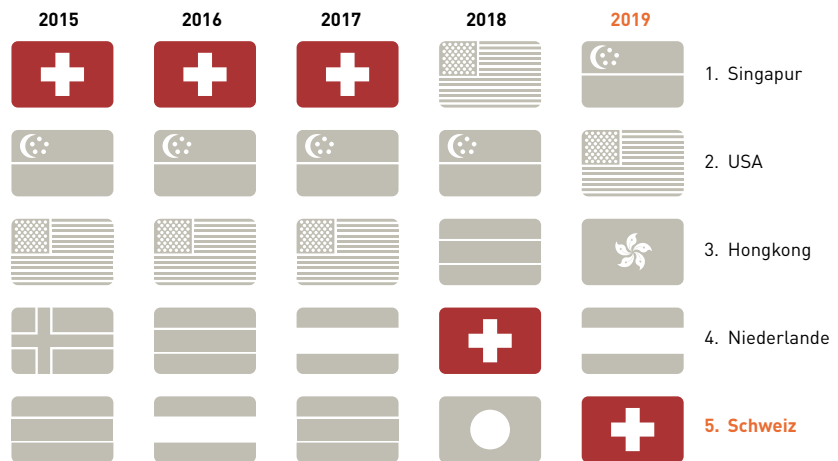
Die Schweiz verliert im Vergleich mit den wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften an Boden.

Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz unter Druck

Der Abstieg der Schweiz in verschiedenen internationalen Rankings lässt aufhorchen. Im «Global Competitiveness Report» des World Economic Forum (WEF) hat die Schweiz letztes Jahr ihren Podestplatz verloren. Zur Erinnerung: Von 2009 bis 2017 führte sie diese Rangliste der Volkswirtschaften mit den höchsten Wachstumschancen an (Abbildung 1). Ein wesentlicher Grund für den Abstieg war letztes Jahr eine Änderung der Berechnungsmethode – zukunftsgerichtete Faktoren wie Innovationskraft und Anpassungsfähigkeit werden fortan stärker gewichtet. In diesem Jahr rutschte die Schweiz bei gleicher Berechnungsmethode weiter auf Rang 5 ab. Zu einer durchgezogenen Einschätzung der Schweizer Wettbewerbsfähigkeit gelangt aber nicht nur das WEF. Der Abstieg der Schweiz im «Ease of Doing Business Index» der Weltbank ist noch beachtlicher: In der neusten Ausgabe 2019 steht unser Land nur auf Platz 38. Vor zehn Jahren war es immerhin noch Platz 16. Die Zeit des Schönredens ist vorbei und wir müssen uns eingestehen: Die Schweiz verliert an Wettbewerbsfähigkeit.

Abbildung 1:
Rangliste des WEF
Global Competitiveness Ranking

→ Die Schweiz büsst weiter an Wettbewerbskraft ein: Während der letzten Legislatur haben wir unseren Podestplatz verloren.



Quellen: WEF Global Competitiveness Reports.

Zwar ist die Schweiz immer noch ziemlich solide unterwegs, doch die Tendenz zur Verschlechterung darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Gerade in den Bereichen Dynamik und Handelshemmnisse fallen wir ab. Dafür verantwortlich sind insbesondere regulatorische Gründe. So dauert es hierzulande überdurchschnittlich lange, ein Unternehmen zu gründen. Noch schlimmer sieht es bezüglich der Regulierung im länderübergreifenden Handel aus. In einer Unterkategorie des WEF-Rankings belegt die Schweiz unter allen 141 untersuchten Ländern gar den Schlussrang: bei der Komplexität des Zollsystems.

Diese Studien sind insofern von Bedeutung, als dass sie eine wichtige Signalwirkung haben und Investitionsentscheidungen von Unternehmen beeinflussen. Viele Regierungen haben das verstanden und entsprechende Massnahmen ergriffen – mit beachtlichem Erfolg, wie der neuste Index zeigt. Die Niederlande, Singapur oder Südkorea zum Beispiel haben in den vergangenen zehn Jahren grosse Fortschritte erzielt und belegen heute die vordersten Plätze in diesen Rankings. Ganz anders die Schweiz: Sie droht weiter abzurutschen. Wenn andere Länder bei der Wettbewerbsfähigkeit vorwärts machen und strukturelle Reformen vorantreiben, so genügt es nicht, wenn in der Schweiz lediglich der Status quo verteidigt wird.

Eigenschaften einer wettbewerbsfähigen Wirtschaftspolitik

Die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz basiert auf einem stabilen wirtschaftlichen Umfeld, gut ausgebildeten Menschen, offenen Märkten und einem funktionierenden Innovationsökosystem.

Weshalb sind einige Länder wirtschaftlich erfolgreich, wogegen andere kaum Fortschritte erzielen? So klar die Folgen der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes sind – nämlich eine hohe Beschäftigung bei hohen Löhnen –, so schwierig ist es, die Treiber dieser Wettbewerbsfähigkeit herauszukristallisieren. Denn sie wird von sehr vielen Faktoren beeinflusst. Dennoch ähneln sich die Untersuchungen und liefern wertvolle Hinweise darauf, wo die Wirtschaftspolitik anzusetzen hat. Das WEF beispielsweise identifiziert zwölf grundlegende Säulen, die die Wettbewerbsfähigkeit wesentlich beeinflussen. Diese Säulen lassen sich in vier Kategorien einteilen: Wirtschaftliches Umfeld, Humankapital, Märkte und Innovationsökosystem (Abbildung 2).

Abbildung 2: Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit

→ Die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft wird durch verschiedene Faktoren bestimmt – und diese bauen aufeinander auf.



Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf den WEF-Indikatoren zur Wettbewerbsfähigkeit.

Die entscheidenden Faktoren der Standortqualität lassen sich bildlich als Haus darstellen. Das wirtschaftliche Umfeld formt das Fundament jeder Volkswirtschaft: Institutionen, Infrastruktur, Technologie und wirtschaftliche Stabilität bilden die Voraussetzung für jede wirtschaftliche Tätigkeit. Die Bewohner sind das Humankapital: Die Arbeitnehmer müssen fähig sein, am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und selbstständig für ihren Lebensunterhalt aufzukommen. Hierfür braucht es aber Zugänge: Die Märkte bilden Plattformen für den regionalen und internationalen Austausch von Waren, Dienstleistungen und guten Ideen. Ein Innovationsökosystem vernetzt alle Bereiche: Es lässt Innovationen und Fortschritt in allen Bereichen ihre Wirkung entfalten und sorgt für eine gesunde Dynamik.

Bilanz der vergangenen Legislatur ist ernüchternd

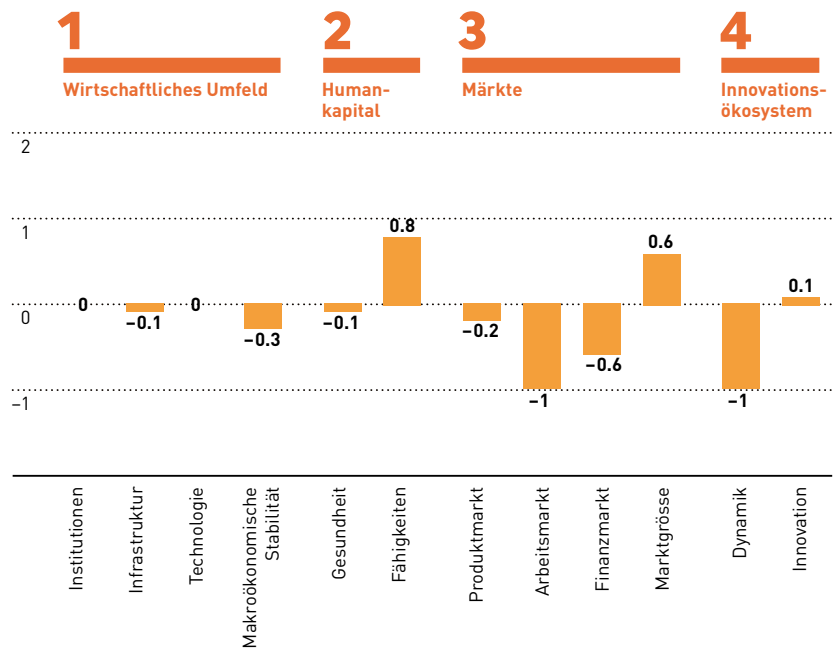
Die Politik hat es in den letzten vier Jahren nicht geschafft, die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu verbessern – im Gegenteil.

Mit den Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit haben wir ein hilfreiches Instrument zur Hand, um den Erfolg der schweizerischen Wirtschaftspolitik zu messen. Dazu haben wir über 100 wirtschaftspolitische Geschäfte der vergangenen Legislatur 2015 bis 2019 analysiert und beurteilt, ob die nationale Politik die Standortqualität der Schweiz verbessert oder verschlechtert hat (siehe «Methodik der Legislaturbilanz»). Jedes einzelne Geschäft wurde dabei den WEF-Indikatoren zugeordnet. So können wir abschätzen, wie die letzte Legislatur die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Volkswirtschaft verändert hat.

Der Legislaturrückblick fällt insgesamt ernüchternd aus. Die Standortqualität der Schweiz wurde nicht verbessert, es wurde lediglich der Status quo gehalten. Abbildung 3 zeigt, dass einzig bei den Fähigkeiten und der Marktgrösse – etwa dank des Abschlusses von Freihandelsabkommen – Fortschritte erzielt wurden. Zukunftsprojekte und dringende Reformen wurden entweder gar nicht erst angestossen, erst wegen Druck von aussen angegangen oder auf halbem Weg wieder versenkt. Exemplarisch hierfür ist das Scheitern der Unternehmenssteuerreform III, das in der Wirtschaft zu grosser Unsicherheit geführt hat – vor allem im Hinblick auf Investitionsentscheide. Zwar hat die vom Stimmvolk inzwischen gutgeheissene AHV-Steuervorlage dieses Versäumnis korrigiert, aber die jahrelange Verzögerung hat bereits Schaden angerichtet, indem sie einen der wichtigsten Vorzüge relativierte, den der Standort Schweiz für Unternehmen zu bieten hat: Planungssicherheit.

Abbildung 3:
Legislaturbilanz
**Entwicklung der Standortqualität
zwischen 2015 und 2019,
gemessen an wichtigen wirt-
schaftspolitischen Entscheiden**

→ Insgesamt ist die Bilanz ernüchternd: Die vergangene Legislatur war vor allem von Stagnation und Rückschritten geprägt.



Quelle: elections.ch

Methodik der Legislaturbilanz

Unsere Untersuchung umfasst rund 100 Geschäfte. Bei diesen Geschäften beurteilte economicsuisse, wie das Endresultat (zum Beispiel Volksabstimmung oder Parlamentsentscheid oder Entscheid des Bundesrats) die Standortqualität der Schweiz beeinflusst. Dazu wurde eine Skala von +3 (stark positiv) über 0 (Status quo) bis -3 (stark negativ) verwendet. Geschäfte, in denen nur der Status quo bestätigt wurde – wie beispielsweise die Ablehnung der Vollgeldinitiative durch das Schweizer Stimmvolk –, erhalten eine Bewertung von 0.

Die wichtigste Schlussfolgerung, die man aus der Analyse ziehen kann, ist: Die Politik trägt für die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes einen grossen Teil der Verantwortung. Sie hat es in den letzten vier Jahren nicht geschafft, den Rahmen für eine wettbewerbsfähigere Schweiz zu setzen. Die tiefere Klassierung im WEF-Ranking ist die sichtbare Quittung für das Treten an Ort.

→ Wie tragen wir dem Wohlstand in der Schweiz Sorge?

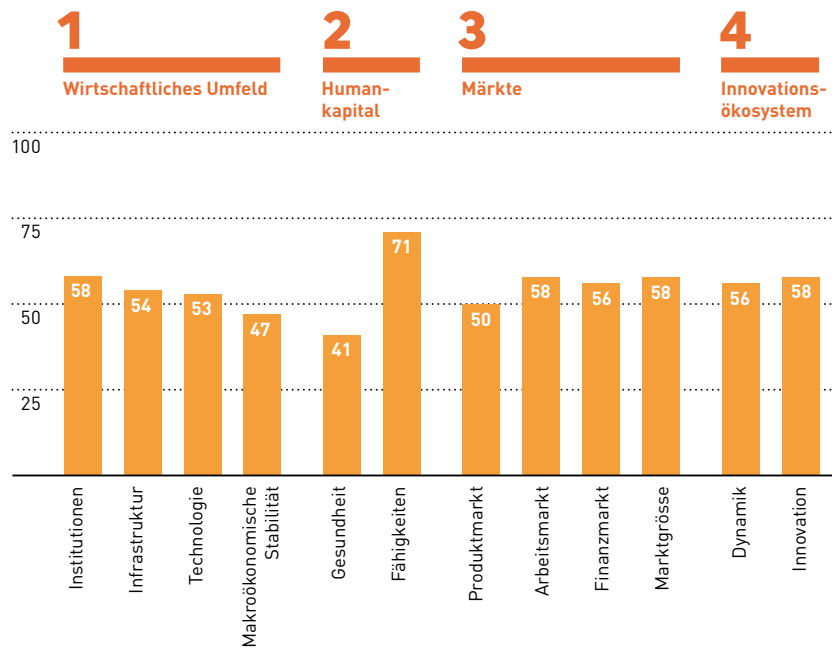
Neue wirtschaftspolitische Impulse tun Not. Eine gute Wirtschaftspolitik sorgt für bestmögliche Rahmenbedingungen für Unternehmen, die hier investieren und Arbeitsplätze schaffen wollen. Welchen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz kann die Wirtschaftspolitik konkret leisten? Wie verhindern wir den Abstieg ins Mittelfeld? Und wo liegen die grössten Herausforderungen der nächsten Legislatur?

Der Legislaturausblick zeigt Optimierungspotenzial

Wir haben die Kandidierenden der vergangenen Parlamentswahl zu den wichtigsten wirtschaftspolitischen Geschäften in der kommenden Legislatur befragt (siehe «Methodik des Legislaturausblicks»). Die Resultate der Umfrage machen deutlich, dass es im neuen Parlament hinsichtlich einer wettbewerbsfähigen Wirtschaftspolitik viel Luft nach oben gibt. Abbildung 4 zeigt, dass die Gewählten zwar teilweise auf die Wettbewerbsfähigkeit achten, aber nicht vollumfänglich. Ein Wert von 100 würde eine umfassende Berücksichtigung bedeuten. Immerhin ist die Basis solide: Im Grundsatz befürwortet das neue Parlament gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, und es sind keine radikalen Verschlechterungen zu befürchten. Doch die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz kann nur gesteigert werden, wenn die Weichen für eine erfolgreiche und nachhaltige Wirtschaftspolitik konsequenter in Richtung Verbesserung der Rahmenbedingungen gestellt werden. Welches hierfür die wichtigsten Stellhebel in der neuen Legislatur sind, haben wir in unserem wirtschaftspolitischen Kompass 2023, der im Folgenden vorgestellt wird, festgehalten.

Abbildung 4:
Legislaturausblick
**Potenzial für wettbewerbsfähige
Wirtschaftspolitik**

→ Viel Luft nach oben: In vielen wirtschaftspolitischen Fragen gibt es eine solide Basis, doch es gilt, das Potenzial auszuschöpfen.



Quelle: elections.ch

Methodik des Legislaturausblicks

Auf dem Portal www.elections.ch haben wir den Kandidierenden der vergangenen Parlamentswahlen einen Fragebogen mit den 34 wichtigsten wirtschaftspolitischen Geschäften der Legislatur 2019 bis 2023 zur Verfügung gestellt. Daran haben rund 330 Kandidierende aller Parteien teilgenommen. Wurde eine Frage im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit beantwortet, haben wir 100 Punkte verteilt. Die Antworten haben wir ausgewertet, nach aktueller Sitzverteilung gewichtet und sie dann den jeweiligen WEF-Säulen zugeordnet. Dabei wurde der Mittelwert der Sitzanteile aus National- und Ständerat verwendet. Die Werte können zwischen 0 (alle Entscheidungen zu wichtigen wirtschaftspolitischen Geschäften verschlechtern die relative Wettbewerbsfähigkeit) und 100 (alle Entscheidungen zu wichtigen wirtschaftspolitischen Geschäften verbessern die relative Wettbewerbsfähigkeit) liegen. Die Säulenwerte widerspiegeln damit das Potenzial einer wettbewerbsfähigen Wirtschaftspolitik und zeigen an, wie stark das neue Parlament die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz zu steigern gedenkt.

→ Wirtschaftspolitischer Kompass 2023

1

Wirtschaftliches Umfeld: Stärken bewahren

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik sorgt für Rahmenbedingungen, die es Unternehmen ermöglichen, in einer funktionierenden Marktwirtschaft langfristig zu investieren. Die Schweiz baut dabei auf ein stabiles Fundament: Rechtssicherheit, Föderalismus, stabile soziale und politische Verhältnisse, eine wettbewerbsfähige Finanz- und Steuerpolitik sowie eine unabhängige Geldpolitik bilden die Grundvoraussetzungen für den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Diesen Erfolgsfaktoren gilt es auch in Zukunft Sorge zu tragen.

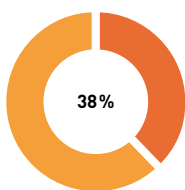
Ein gut funktionierender Föderalismus ist wichtig für die Wirtschaft – dezentrale, bürgernahe Lösungen bewähren sich in vielen Bereichen auch für die Unternehmen.

Starker Föderalismus

Der Föderalismus ist eines der zentralen Erfolgsrezepte der Schweiz. Die Gemeinden und die Kantone bestimmen heute im Rahmen von Verfassung und Gesetz ihre Finanzplanung und definieren die Steuersätze. Gemäss dem föderalen Grundprinzip der Subsidiarität übernimmt der Bund nur diejenigen Aufgaben, die die Kantone nicht selbst wahrnehmen können. Die Effizienz der Verwaltungen wird dadurch verbessert, die Steuerbelastung bleibt massvoll und die Akzeptanz politischer Entscheidungen in der Bevölkerung wird gestärkt. In Verbindung mit einer klaren Aufgaben- und Verantwortungszuteilung zwischen den staatlichen Ebenen können Steuermittel gezielt und wirksam eingesetzt und Doppelspurigkeiten, falsche Anreize sowie teure Abhängigkeiten verhindert werden.

Soll der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen eingeschränkt werden?

Zustimmung im Parlament



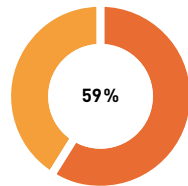
Immer wieder steht eine Einschränkung der steuerlichen Autonomie der Kantone, beispielsweise durch die Einführung von kantonalen Mindeststeuersätzen, zur Diskussion. Eine materielle Steuerharmonisierung verhindert aber die Anpassung der Steuerpolitik an lokale Gegebenheiten und führt mittelfristig zu einer höheren Steuerbelastung. Der Fiskalföderalismus ist als Kernprinzip des Schweizer Staatswesens zurzeit tief verankert und wird durch den Finanzausgleich des Bundes ergänzt. *economiesuisse* setzt sich dafür ein, den Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen auch weiterhin zu erhalten.

Nur eine unabhängige Nationalbank kann sich auf ihr wichtigstes Mandat konzentrieren: die Sicherstellung der Preisstabilität in unserem Land.

Unabhängige Nationalbank

Die Glaubwürdigkeit der Schweizerischen Nationalbank (SNB) ist das A und O für eine solide und erfolgreiche Geldpolitik. Hierfür ist ihre politische Unabhängigkeit eine unabdingbare Voraussetzung. Eine Politisierung der Geldpolitik könnte gravierende Konsequenzen für die Handlungsfähigkeit der SNB haben und ihre Reputation langfristig beschädigen: Die SNB kann ihre Massnahmen nur dann an den Finanzmärkten glaubhaft durchsetzen, wenn die Marktteilnehmer überzeugt sind, dass sie auch bei unpopulären Massnahmen nicht durch politische Einmischung geschwächt wird.

Befürworten Sie die Schaffung eines Schweizer Staatsfonds?
Zustimmung im Parlament



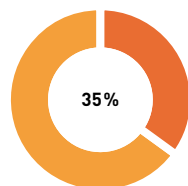
Es gibt immer wieder Bestrebungen, mit den Mitteln der Nationalbank einen Staatsfonds zu öffnen, der für die Finanzierung unterschiedlicher Vorhaben herhalten müsste. Eine Mehrheit im neuen Parlament ist dieser Forderung grundsätzlich nicht abgeneigt. Einen Staatsfonds lehnt *economiesuisse* klar ab: Ein solcher Fonds würde die Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank gefährden. Alle Mitglieder des Parlaments sollten bedenken: Jeder Verlust an Unabhängigkeit schwächt die Notenbank und damit die Schweiz, denn die Preisstabilität würde früher oder später politischen Wünschen geopfert.

Gesunde Staatsfinanzen sind die beste Voraussetzung für einen handlungsfähigen, starken Staat.

Nachhaltige Finanzen

Gesunde Finanzen sind kein Selbstzweck, sondern eine wichtige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes: Die Verschuldung und die Zinslast sind massvoll, die Steuerbelastung ist moderat und die staatliche Handlungsfähigkeit gewährleistet. Dadurch sichert eine nachhaltige Finanzpolitik auch den Handlungsspielraum zukünftiger Generationen. Es ist daher unabdingbar, dass die Staatsausgaben längerfristig nicht stärker wachsen als die Wirtschaft. Die Schweiz hat mit der Schuldenbremse ein zentrales Instrument für ein Mindestmass an finanzpolitischer Stabilität.

Befürworten Sie eine Lockerung der Schuldenbremse?
Zustimmung im Parlament



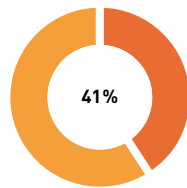
Immer wieder ertönen Forderungen nach Anpassungen der Schuldenbremse: Ausnahmen für Investitionen, Anpassungen am Ausgleichskonto, die Verwendung von Kreditresten für höhere Ausgaben oder Konjunkturpakete. Sie alle führen zu einer Lockerung der Regeln, verkomplizieren das System und setzen es zumindest teilweise der politischen Einflussnahme aus. *economiesuisse* setzt sich deshalb für die Schuldenbremse in ihrer aktuellen Ausgestaltung ein und lehnt eine Lockerung ab. Für Anpassungen gibt es weder Bedarf, noch liegen Lösungen auf dem Tisch, die in der Praxis bewiesen haben, dass sie effektiv besser sind.

Die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Infrastrukturen erfordert Zeit, Platz und Geld – und mehr Markt und Wettbewerb.

Leistungsfähige Infrastrukturen

Sei es im Verkehr, bei der Energie oder in der Telekommunikation: Die Schweiz braucht qualitativ hochstehende Infrastrukturen, welche die wirtschaftliche Entwicklung des Landes unterstützen. Diese bereitzustellen ist eine gemeinsame Aufgabe von Staat und Wirtschaft. Ein Ausbau der Kapazitäten soll sich an den Bedürfnissen der Unternehmen und der Bevölkerung orientieren. Entsprechend wird priorisiert. Jede Infrastruktur benötigt einen möglichst hohen Grad an Eigenwirtschaftlichkeit. Der Staat setzt die Rahmenbedingungen so, dass sich die unterschiedlichen Verkehrsträger, Energiequellen oder Telekommunikationsanbieter im Wettbewerb weiterentwickeln und verbessern können.

Soll die Schweiz auf eine vollständige Liberalisierung des Strommarkts verzichten?
Zustimmung im Parlament



Die Schweiz hat zurzeit den Strommarkt nur teilweise für grosse Verbraucher geöffnet. Mit einer Strommarktöffnung könnten die bestehenden Marktverzerrungen abgebaut werden. Sie garantierte zudem Wahlfreiheit und schüfe gleich lange Spiesse für die Produzenten und ihre Kunden. Für viele Unternehmen sind Energiepreise ein wichtiger Faktor ihrer Wettbewerbsfähigkeit, besonders auf internationaler Ebene. Ausserdem verstärkte die Marktöffnung den Wettbewerb unter den Anbietern. Von einer Marktöffnung verspricht man sich aber auch mehr Innovation und neue Geschäftsmodelle. Deshalb setzt sich *economiesuisse* für eine konsequente Liberalisierung des Strommarkts ein.

2

Humankapital: Fit für die Zukunft

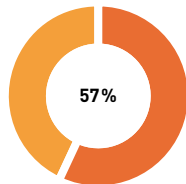
Ein offener, flexibler Arbeitsmarkt trägt sehr viel zum Wohlstand der Schweiz bei. Unternehmen finden die nötigen Fachkräfte, die sie für ihr Wachstum benötigen. Die Arbeitnehmer profitieren von einem grossen und attraktiven Jobangebot. Dank des flexiblen Arbeitsmarkts schaffen die Unternehmen immer neue Stellen. Die Bevölkerung profitiert von einer tiefen Arbeitslosigkeit. Die Qualität der Schweizer Bildung und Forschung ist zudem der Schlüssel für den Fortschritt. Um in Zukunft attraktiv zu bleiben, muss die Schweiz Trends im Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft aufnehmen und auch in Zukunft möglichst optimale Rahmenbedingungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer bieten.

Ein flexibler Arbeitsmarkt ist ein zentraler Standortvorteil der Schweiz.

Flexibler Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt in der Schweiz funktioniert so gut wie kaum in einem anderen Land. Um die tiefe Arbeitslosenquote bei gleichzeitig hohen Löhnen beneiden uns die meisten Länder dieser Welt. Dieser Erfolg fällt nicht einfach vom Himmel: Eine wichtige Grundlage ist der flexible Arbeitsmarkt. Die Situation wird sich in den nächsten Jahrzehnten für die Unternehmen schwieriger gestalten, da das Arbeitskräftepotenzial knapper wird. In den kommenden 20 Jahren werden die geburtenstarken Babyboomer-Jahrgänge in Pension gehen. Weil massiv weniger junge Leute ins Erwerbsleben nachrücken, wird es in der Schweiz im nächsten Jahrzehnt zu einer Verknappung der Arbeitskräfte kommen. Für die Gesellschaft in der Schweiz wird dies zunehmend zur Belastung. Gemäss dem Bundesamt für Statistik liegt heute ein Potenzial von rund 830 000 Arbeitskräften brach. Dieses muss künftig besser mobilisiert werden. Zudem müssen wir sicherstellen, dass Fachkräfte aus dem Ausland weiterhin Zugang in den Schweizer Arbeitsmarkt finden.

Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer?
Zustimmung im Parlament



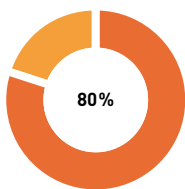
Die Menschen werden heute älter als je zuvor. Doch Arbeitswelt und Rentensysteme sind dem längeren Lebensalter bisher nicht ausreichend angepasst worden. Es drohen schwerwiegende Konsequenzen: Einerseits rutscht unser Rentensystem in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten, andererseits fehlen der Wirtschaft künftig erfahrene und kompetente Arbeitskräfte. Angesichts dieser demografischen Herausforderungen fordert *economiesuisse* einen ausgewogenen Mix aus finanzpolitischen und strukturellen Massnahmen. Und die Unternehmen müssen mehr tun, um das Know-how und die Erfahrung der älteren Arbeitnehmenden zu erhalten. Diese Grundhaltung scheint auch im Parlament nicht chancenlos zu sein. Doch damit eine Anhebung des Rentenalters die Sozialwerke entlastet und die Erwerbsquote erhöht, darf sie nicht durch übermässige Ausgleichsmassnahmen verwässert werden.

Bildungsausgaben sind Investitionen in die Zukunft – sie müssen sich deshalb an langfristigen Zielen orientieren.

Exzellentes Bildungssystem

Für Wirtschaft und Gesellschaft erfüllt das Bildungssystem eine der zentralsten Funktionen überhaupt: Weder die politische noch die kulturelle oder die wirtschaftliche Schweiz können ohne gut ausgebildeten, innovativen Nachwuchs existieren. Mit einer qualitativ hochstehenden Volksschule, einem hohen Anteil an arbeitsmarktbezogenen Ausbildungen und sehr guten Hochschulen ist die Schweiz stark geworden.

Sollen die Ausgaben für Bildung, Forschung und Innovation gegenüber den Ausgaben für Landwirtschaft, Entwicklungshilfe und Armee priorisiert werden?
Zustimmung im Parlament



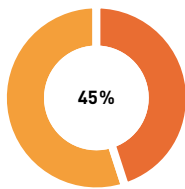
Zwei Drittel der Bundesmittel sind gesetzlich stark gebunden. Die verbleibenden Mittel sind ein knappes Gut. Zu den Politikbereichen mit wenig gebundenen Mitteln gehört der Bereich «Bildung, Forschung und Innovation» (BFI). Weil sich Investitionen in Bildung und Forschung langfristig auszahlen, setzt sich economie-suisse dafür ein, dass sie auch in Zukunft beim Ausgabenwachstum gegenüber volkswirtschaftlich weniger bedeutenden Ausgaben priorisiert werden. Das Parlament ist diesbezüglich aufgeschlossen: Doch die Priorisierung des BFI-Bereichs ist nur möglich, wenn im Gegenzug Partikularinteressen in konkreten Sachfragen konsequent zurückgestellt werden.

Ein zukunftssträchtiges und bezahlbares Gesundheitssystem braucht mehr Transparenz und Wettbewerb.

Qualitätsorientiertes Gesundheitssystem

Das Schweizer Gesundheitswesen gehört weltweit zu den teuersten, weist aber zugleich eine hohe Qualität auf. Der Staat greift stark regulierend in das Gesundheitswesen ein. Die langfristige Kostenentwicklung im Schweizer Gesundheitswesen bereitet den Prämien- und Steuerzahlenden, aber auch der Wirtschaft Sorgen. Aus volkswirtschaftlichen Überlegungen muss der Kostenanstieg im Zaum gehalten werden. Andererseits bieten der medizintechnische Fortschritt und die alternde Gesellschaft dem Gesundheitssektor grosse Wachstumschancen: Im Interesse der Patientinnen und Patienten und im Interesse der materiellen Wertschöpfung und der Beschäftigung sollten diese voll genutzt werden.

Soll in der obligatorischen Krankenversicherung (OKP) ein jährliches Kostendach festgelegt werden?
Zustimmung im Parlament



Zurzeit steht ein Kostendach für die gesetzliche Krankenversicherung zur Diskussion. Ein vom Bundesrat bestellter Expertenbericht hat 2017 ein solches Instrument empfohlen (Kostenzielwert), und die CVP sammelt derzeit Unterschriften für ihre Volksinitiative für eine «Kostenbremse». Das Parlament scheint einer abstrakten Kostenbremse nicht abgeneigt, weil diese zunächst schmerzfrei zu sein scheint. Aber eine solche Bremse ist im komplexen Gesundheitssystem nicht umsetzbar: Sie wird zwingend zu Warteschlangen und Rationierung führen. Ein solches Globalbudget lehnt economiesuisse ab. Qualitätsmassnahmen und Zielvereinbarungen sind sinnvoller und wirksamer.

3

Märkte: Mut zur Offenheit

Der Wohlstand in der Schweiz basiert stark auf der Offenheit ihrer Märkte und der internationalen Vernetzung der Wirtschaft. Als Export- und Forschungs nation ist sie auf einen exzellenten Zugang zu ausländischen Märkten und hoch qualifizierten Arbeitskräften angewiesen. Als Kleinstaat kann sich die innovationsbasierte Exportnation Schweiz aber nicht einfach mit Marktmacht durchsetzen, sondern sie ist auf die vertragliche Regelung dieser Zugänge angewiesen. In einem solchen Umfeld braucht es eine besonders grosse Portion Mut zur Offenheit.

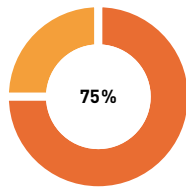
Die Schweiz ist angesichts der grossen wirtschaftlichen Bedeutung des bilateralen Wegs fundamental auf eine gute Beziehung zur Europäischen Union angewiesen.

Bilaterale Verträge

Aufgrund ihrer Lage im Herzen Europas sind gute Beziehungen zu den EU-Staaten für die Schweiz besonders wichtig. Ein diskriminierungsfreier Zugang zum europäischen Binnenmarkt mit seinen über 500 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten ist für hiesige Unternehmen unverzichtbar. Die Schweizer Volkswirtschaft profitiert in vielfältiger Weise von den bestehenden bilateralen Abkommen mit der EU, unserer mit Abstand wichtigsten Handelspartnerin. Der wirtschaftliche Nutzen der bilateralen Marktzugangsabkommen ist mit 20 bis 30 Milliarden Franken jährlich unbestritten von grosser Bedeutung. Die Schweiz hat alles Interesse daran, diese Beziehungen auf ein rechtlich solides Fundament zu stellen. Ohne ein geregeltes Verhältnis mit der EU riskieren wir nicht nur eine Erosion des Werts der bestehenden Marktzugangsabkommen, sondern versperren uns auch den Weg zu neuen wertvollen Abkommen.

Befürworten Sie ein institutionelles Abkommen (InstA) mit der EU, um die bilateralen Beziehungen erhalten und weiterentwickeln zu können?

Zustimmung im Parlament



In den kommenden Monaten steht der Schweizer Europapolitik eine wichtige Weichenstellung bevor: Bei der Entscheidung für oder gegen den Vertragsentwurf des Rahmenabkommens mit der EU geht es um die wirtschaftliche Zukunft des bilateralen Wegs – und damit letztlich um die Positionierung des Schweizer Wirtschaftsstandorts in Europa. Rund zwei Drittel der Parlamentarierinnen und Parlamentarier scheinen gegenüber dem Abkommen denn auch aufgeschlossen. Doch die Zustimmung darf nicht von zahlreichen, strikten Bedingungen abhängig gemacht werden: Wie bei jedem Verhandlungsprozess braucht es Kompromisse. Der vorliegende Entwurf ist ein gutes Verhandlungsergebnis mit zahlreichen Vorteilen für unser Land. *economie-suisse* unterstützt deshalb den Abschluss eines institutionellen Abkommens mit der EU auf dieser Basis.

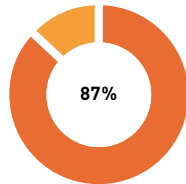
Als Exportnation muss sich die Schweiz noch stärker für offene Märkte einsetzen.

Freier Handel

Der schweizerische Absatzmarkt ist klein. Das führt dazu, dass Schweizer Unternehmen trotz relativ hoher Produktionskosten international erfolgreich sind. Rund 40 Prozent der Schweizer Bruttowertschöpfung werden mit dem Export von Gütern und Dienstleistungen verdient. Der bestmögliche Zugang zu den Weltmärkten ist für die Schweizer Unternehmen essenziell.

Soll die Schweiz weitere Freihandelsabkommen abschliessen und bestehende modernisieren?

Zustimmung im Parlament



Abschottung steht aktuell hoch im Kurs: Während der globale Handel stagniert, hat sich die Anzahl protektionistischer Massnahmen weltweit stark erhöht. Infolge fehlender Liberalisierungsfortschritte auf multilateraler Ebene im Rahmen der World Trade Organization (WTO) gewinnen bilaterale Freihandelsabkommen an Bedeutung. Die Schweiz verfügt bereits über ein weitreichendes Netz an Freihandelsabkommen. economie-suisse setzt sich dafür ein, dass diese laufend an aktuelle Anforderungen angepasst und mit neuen Abkommen ergänzt werden. Interessante Partner für neue Verträge sind insbesondere die USA oder aufstrebende Märkte wie der Mercosur (Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay), Indien, Vietnam oder Malaysia.

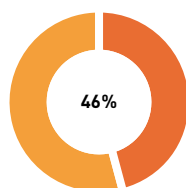
Der Schweizer Wirtschaftsstandort muss für ausländische Investoren attraktiv und offen bleiben.

Offener Investitionsstandort

Ausländische Investitionen sind für die offene und international stark vernetzte Schweizer Volkswirtschaft ein zentraler Erfolgsfaktor. Direktinvestitionen helfen mit, die Wirtschaft mit ausreichend Kapital zu versorgen, sie sichern mehr als jeden zehnten Arbeitsplatz im Inland und stärken sowohl die Exportdynamik als auch die Standortattraktivität und Innovationsfähigkeit der Schweiz. Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit sind keine Frage der Besitzverhältnisse hiesiger Unternehmen: Nicht die Kontrollen ausländischer Investoren, sondern die politischen Rahmenbedingungen für die Unternehmenstätigkeit in der Schweiz sind zu stärken.

Soll die Schweiz eine staatliche Investitionskontrolle einführen und eine entsprechende Kontrollbehörde schaffen?

Zustimmung im Parlament



Mit dem Verweis auf ausgewählte Firmenübernahmen durch chinesische Unternehmen und Staatsfonds ist in der Schweiz der Ruf nach einer stärkeren Kontrolle ausländischer Investitionen lauter geworden. Ausländische Investitionsflüsse in die Schweiz sollen strikter reguliert und nötigenfalls unterbunden werden, wenn dadurch die öffentliche Ordnung und die nationale Sicherheit gefährdet sind. Das Parlament hegt gegenüber solchen Ideen gewisse Sympathien. Dabei verfügt die Schweiz bereits heute über griffige Instrumente, um sicherheitsrelevante Infrastrukturen und Unternehmen mit besonderer Bedeutung für die Volkswirtschaft gezielt zu schützen. economie-suisse lehnt staatliche Investitionskontrollen deshalb klar ab.

4

Innovationsökosystem: Freiräume schaffen

Erfolgreiches Unternehmertum ist die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz. Der Wettbewerb muss spielen und gute Ideen müssen sich durchsetzen können. Um das Funktionieren unserer Marktwirtschaft zu gewährleisten, soll kontinuierlich überprüft werden, welche Angebote vom Staat und welche durch die Privatwirtschaft zu erbringen sind. Denn: Gute Ideen brauchen Freiräume, um sich entfalten zu können.

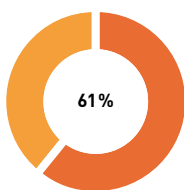
Ein schlanker Staat öffnet Freiräume für privates Unternehmertum zum Wohl aller.

Freies Unternehmertum

Hinter welchen Schweizer Firmen steckt der Staat, und was machen diese Unternehmen eigentlich? Diese Frage ist heute nur noch schwierig zu beantworten, denn mittlerweile sind mehr als die Hälfte aller Preise staatlich beeinflusst. Mehr als ein Fünftel aller Vermögenswerte gehören dem Staat, der wiederum rund einen Drittel aller Arbeitsplätze anbietet und über 42 Prozent der gesamten Wertschöpfung umverteilt. Gemäss der Verfassung beschränkt sich die Aufgabe des Staates aber darauf, günstige Voraussetzungen für die private Wirtschaft zu schaffen. Nur dort, wo der Markt versagt, sind staatliche Leitplanken nötig. Aber auch dann muss die entsprechende Regulierung so schlank und praxisnah wie möglich gestaltet werden.

Soll das Vordringen von staatlichen und staatsnahen Betrieben in Bereiche der Privatwirtschaft verhindert werden?

Zustimmung im Parlament



Staatsbetriebe sind in der Schweiz längst nicht mehr nur dort tätig, wo der Markt versagt. So ist der staatliche Rüstungskonzern Ruag an einer Abfallentsorgungsfirma beteiligt, die SBB betreiben eine eigene Versicherungsgesellschaft, und die Post und Swisscom sind mit Unternehmen im Gesundheitswesen tätig. Die Last der Staatsbetriebe trägt dabei nicht die Politik, sondern die Gesellschaft als Ganzes. Dabei sollte nicht vergessen gehen, dass die staatlichen und staatsnahen Betriebe den Wettbewerb in unfaier Weise verzerren. economiesuisse setzt sich dafür ein, dass diese Tendenz gestoppt wird. Es ist am neuen Parlament, der schleichenden Verstaatlichung privater Eigeninitiativen endlich Einhalt zu gebieten.

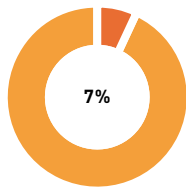
Forschungsinstitutionen müssen offen und international gut vernetzt sein – nur so kann die Schweiz international Innovationsspitzenreiter bleiben.

Führender Forschungsplatz

Die Qualität der Schweizer Bildung und Forschung ist herausragend – sie ist ein Schlüssel für den Fortschritt. Sie bildet die Basis für die hohen Innovationsleistungen in diesem Land. Die Schweiz kann international kein Innovationsspitzenreiter sein, ohne über einen starken Forschungsplatz zu verfügen. Als kleines Land ist es für sie besonders wichtig, von ausländischem Wissenskapital profitieren zu können. Entsprechend offen und international gut vernetzt müssen die hier angesiedelten Forschungsinstitutionen funktionieren. Doch aufgepasst: Innovationen entstehen nicht auf dem Reissbrett der Verwaltung. Neue Erkenntnisse und gute Ideen lassen sich kaum planen. Sie können nur begünstigt werden: durch langfristig stabile Rahmenbedingungen und ein grosses Mass an Freiräumen. Weil sich Investitionen in Bildung und Forschung erst langfristig auszahlen, sollten sie nie kurzfristigen politischen Interessen untergeordnet werden.

Soll die Schweiz auf die Teilnahme am neuen EU-Forschungsrahmenprogramm (Horizon Europe) verzichten?

Zustimmung im Parlament



Das Ziel des achten EU-Forschungsrahmenprogramms mit dem Namen «Horizon Europe» ist es, innovative Forschungsideen und deren Umsetzung in marktfähige Produkte und Dienstleistungen zu fördern und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu verbessern. Die Teilnahme am weltweit grössten Forschungsprogramm ist für die Attraktivität des Forschungsstandorts Schweiz und damit für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts von grosser Bedeutung. Ohne die Assoziierung drohen erhebliche Nachteile für den Forschungsplatz Schweiz. Daher setzt sich *economiesuisse* für die Teilnahme der Schweiz an Horizon Europe ein.

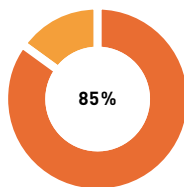
Eine erfolgreiche Klimapolitik setzt auf die Innovationskraft der Unternehmen und globale Massnahmen.

Innovationsfreundliche Klimapolitik

Die Herausforderungen des Klimawandels sind global. In der Klimapolitik hat sich die Schweiz zu einer Reduktion von 50 Prozent der Emissionen bis 2030 (Referenzjahr 1990) verpflichtet. Davon sollen 50 Prozent im Inland erfolgen. Der aktuelle Endenergieverbrauch in der Schweiz stammt weiterhin zu beinahe 65 Prozent aus fossilen Energieträgern. Ein vollständiger Verzicht auf fossile Energieträger dürfte wohl nur mit einschneidenden Massnahmen umsetzbar sein. Darum benötigt es einen international abgestimmten Ansatz, der Raum lässt für unternehmerische Lösungen, technologieoffen ausgestaltet ist und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen setzt.

Befürworten Sie, dass alle Unternehmen, die dies wollen, eine Zielvereinbarung mit Verminderungsverpflichtung abschliessen können und im Gegenzug die CO₂-Abgabe zurückerstattet erhalten?

Zustimmung im Parlament



Der Verzicht auf fossile Energieträger greift ein wichtiges Anliegen auf. Das Ausstiegsdatum 2050 ist jedoch willkürlich gewählt und greift übermässig in die Wirtschaftsfreiheit ein. Die heutige Zielsetzung ist bereits sehr ambitioniert. Mit einem vollständigen Verbot wird die nötige Flexibilität beschnitten, den Gang in ein treibhausgasarmes Zeitalter wirtschafts- und damit wohlstandsverträglich zu gestalten. Eine Alternative sind Zielvereinbarungen für den Klimaschutz in Kombination mit einer moderaten CO₂-Abgabe – sie sind bereits eine Erfolgsgeschichte. Verminderungsverpflichtungen sind sowohl ökologisch wie auch ökonomisch Erfolg versprechend. Wer den CO₂-Ausstoss oder den Energieaufwand über Zielvereinbarungen reduziert, spart Kosten und bleibt international wettbewerbsfähig. Deshalb setzt sich *economiesuisse* dafür ein, dass alle Unternehmen die Möglichkeit erhalten, eine sogenannte Verminderungsverpflichtung einzugehen, um so die CO₂-Abgabe zurückerstattet zu bekommen.

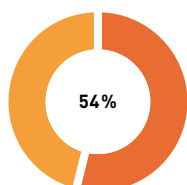
Die Digitalisierung bildet die Grundlage, auf der die Zukunft aufbaut – sie braucht Freiraum, um sich entfalten zu können.

Zukunftsfähige Digitalisierung

Statt über Strafsteuern für Self-Scanning-Kassen, Digitalisierungsabgaben, E-Mail-Verbote ab 19 Uhr oder Netzsperrern für unliebsame ausländische Konkurrenten zu diskutieren, müssten Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft gemeinsam die grossen Fragen angehen. Ob sich die Erfolgsgeschichte unseres Landes fortsetzt, hängt wesentlich davon ab, ob es uns gelingt, die mit der Digitalisierung verbundenen Herausforderungen positiv, offen und mit viel Selbstvertrauen anzugehen.

Befürworten Sie, dass die Schweiz digitale Sondersteuern einführt?

Zustimmung im Parlament



Gemäss etablierten Prinzipien im internationalen Steuerrecht erfolgt die Gewinnbesteuerung dort, wo die Wertschöpfung generiert wird, also wo die Programmierer, die Softwareentwickler und die Datenanalysten arbeiten – nicht am Ort des Konsums. Am Ort des Konsums fällt stattdessen die Mehrwertsteuer an. Gewisse Staaten möchten jedoch zusätzlich auch den Gewinn international tätiger Unternehmen stärker am Ort der Nutzer besteuern, etwa durch Sondersteuern auf dem Umsatz mit digitalen Dienstleistungen oder durch die Einführung einer Steuerpflicht bei rein digitaler Präsenz. *economiesuisse* lehnt diese populären, aber problematischen Bestrebungen ab. Digitale Sondersteuern auf dem Umsatz sind nicht nur ein fundamentaler Bruch mit der heutigen Systematik der Firmenbesteuerung, sondern hätten gravierende Auswirkungen auf das Steuersubstrat der Schweiz.

→ Fazit: Mit guter Wirtschaftspolitik zurück zur Spitze!

Die Devise der vergangenen Legislatur lautete: Treten an Ort. Der Rückgang der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz ist die Quittung für diesen politischen Stillstand. Und es zeigt sich einmal mehr: Sich in der eigenen Komfortzone zu bewegen, bewahrt einem im besten Fall vor groben Fehlritten, verhindert aber auch den Fortschritt. In einer sich entwickelnden Welt bedeutet Stillstand letztlich immer Rückschritt. Deshalb muss wieder aktiv an der Verbesserung der Standortqualität in der Schweiz gearbeitet werden.

→ Stärken bewahren

Die Schweiz baut auf ein stabiles Fundament: Ein wettbewerbles und stabiles Umfeld bildet die Grundvoraussetzung für den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Hier gehören wir international immer noch zu den Spitzenreitern. Aber bereits scheinbar kleine Risse im Fundament können schwerwiegende Folgen haben. So wirkt der Gedanke eines Staatsfonds auf den ersten Blick eingängig. Doch er ritzt an den Grundprinzipien der Schweizer Wirtschaftspolitik. Solche und ähnliche Angriffe auf die Unabhängigkeit der Nationalbank oder auch den Fiskalföderalismus gilt es konsequent abzuwehren. Die Politik tut gut daran, in diesen Belangen kein Jota nachzugeben.

→ Fit für die Zukunft

Die Stärken der Schweiz bilden das Fundament unseres Wohlstands. Gleichzeitig müssen sich die Schweiz und ihre Bevölkerung fit für die Zukunft machen. 2030 werden 53 Prozent der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren über einen Tertiärabschluss verfügen. Die Verlagerung der Arbeitsplätze hin zu technologieorientierten und wissensintensiven Bereichen setzt sich weiter fort. Gleichzeitig sind die über 60-Jährigen die am schnellsten wachsende Altersgruppe und das inländische Arbeitskräftepotenzial nimmt ab. Die Politik muss folglich weiterhin gezielt in das Bildungssystem investieren. Ebenso müssen die Strukturen flexibler werden: Ein fixes Rentenalter auf dem heutigen Niveau oder eine fixe Quote für in der Schweiz ausgebildete Hochqualifizierte aus Drittstaaten gehören abgeschafft.

→ **Mut zur Offenheit**

Die Schweiz ist als Exportland tief in die Weltwirtschaft eingebunden. In einem volatilen Umfeld, das mit internationalen Handelskonflikten zusehends durch Unsicherheit geprägt ist, sind stabile Verhältnisse zu unseren wichtigsten Handelspartnern deshalb besonders wichtig. Doch die Schweiz spielt beim Rahmenvertrag mit der EU auf Zeit. Die Politik sollte sich keine Illusionen machen: Es steht nichts weniger als der Gesamtwert der Bilateralen Verträge auf dem Spiel. Die Zustimmung darf also nicht von zahlreichen, strikten Bedingungen abhängig gemacht werden. Es braucht den Mut, die erreichten Kompromisse anzuerkennen und das institutionelle Abkommen mit der EU abzuschliessen.

→ **Freiräume schaffen**

Nachhaltiges Wirtschaften und ein nachhaltiger Lebensstil bestimmen zunehmend die politische Agenda. Doch Nachhaltigkeit kann nicht staatlich verordnet werden, sondern ergibt sich aus ökonomischen und gesellschaftlichen Anreizen. Nur ein schlanker Staat öffnet Freiräume für privates Unternehmertum zum Wohl aller. Das zeigt sich exemplarisch in der Klimapolitik: Forderungen wie der vollständige Verzicht auf fossile Energieträger bis 2050 bergen grosse Wohlstandsrisiken. Es benötigt auch bei Umweltanliegen einen international abgestimmten Ansatz, der Freiraum lässt für unternehmerische Lösungen, technologieoffen ausgestaltet ist und auf innovationsfreundliche Rahmenbedingungen setzt.



Die Politik muss die Komfortzone verlassen

Dass der Wirtschaftsmotor brummt, gilt inzwischen als selbstverständlich. Dabei ist das hohe Wohlstandsniveau keine Selbstverständlichkeit. Wir müssen wettbewerbsfähig bleiben, um unseren Wohlstand auch langfristig zu sichern. Die Stellhebel der Wirtschaftspolitik sind bekannt: Wenn die Politik die richtigen Weichenstellungen trifft, kann sie für den Wohlstand der Schweiz punkten.

Die Politik hat sich in den letzten Jahren in der Komfortzone bewegt und unangenehme, aber notwendige Entscheide hinausgeschoben: So wurde weder das Rentenalter erhöht noch der Umwandlungssatz gesenkt, obwohl eigentlich offensichtlich ist, dass diese Massnahmen unumgänglich sind, um die Renten nachhaltig zu sichern und die ungerechte Umverteilung von Jung zu Alt zu unterbinden. Beim institutionellen Abkommen mit der EU haben sich viele Akteure zu einem sehr frühen Zeitpunkt derart negativ geäussert, dass kaum Spielraum für eine Einigung blieb. Auch hier ist es nötig, dass die Politik endlich die Komfortzone verlässt und das Notwendige unternimmt, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu sichern.

Wir wünschen der Politik den nötigen Mut dazu.

IMPRESSUM

Diese Publikation erscheint in Deutsch, Französisch und Italienisch.

Redaktion: Oliver Steimann, *economiesuisse*

Realisation: Wernlis, grafische Gestalter, Basel

Korrektur: Alain Vannod, St. Gallen

Druck: DAZ Druckerei Albisrieden AG, Zürich

Herausgabe: Dezember 2019

economiesuisse

Verband der Schweizer Unternehmen
Hegibachstrasse 47
Postfach
CH-8032 Zürich

economiesuisse

Verband der Schweizer Unternehmen
Spitalgasse 4
Postfach
CH-3000 Bern

economiesuisse

Fédération des entreprises suisses
1, Carrefour de Rive
Case postale
CH-1211 Genève 3

economiesuisse

Federazione delle imprese svizzere
Via S. Balestra 9
Casella postale 5563
CH-6901 Lugano

economiesuisse

Swiss Business Federation
168, Avenue de Cortenbergh
B-1000 Bruxelles